

Die Akademien der Wissenschaften in der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West

Zur Einleitung

Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl

Im Kalten Krieg wurde die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West auch im Feld der Wissenschaften ausgetragen. In der ab den späten 1940er-Jahren durch den Eisernen Vorhang geteilten Welt wurde Zentraleuropa¹ zu jenem Raum, in dem diese Konfliktkonstellation unmittelbar erfahrbar wurde und Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft entscheidend prägte. In den sozialistischen Staaten wurden nicht die Universitäten, sondern die Akademien der Wissenschaften zu signifikanten Orten, von denen sich die kommunistischen Eliten den Aufbau des wissenschaftlichen Sozialismus erhofften, um aus dem Systemwettbewerb siegreich hervorzugehen. Mit der Machtübernahme der nunmehr staatsbeherrschenden sozialistischen Einheitsparteien setzte die Umgestaltung der traditionellen Gelehrtengesellschaften in Forschungsakademien nach sowjetischem Vorbild ein. Jenseits des Eisernen Vorhangs änderten sich die Akademiestrukturen grundlegend. Die bestehenden Akademien wurden mit wenigen Ausnahmen auf neuer gesetzlicher Grundlage wieder begründet. Im Mai 1948 wurde die Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste errichtet, im Juni 1948 die Akademie der Volksrepublik Rumänien, im Dezember 1949 die Ungarische Akademie der Wissenschaften, im Oktober 1951 die Polnische Akademie der

1 Der Terminus Zentraleuropa wurde gewählt, um die oft historisch-politisch belasteten geographischen Bezeichnungen dieser Region (Mitteleuropa, Ostmitteleuropa) zu vermeiden.

Wissenschaften, im Oktober 1952 die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, im Juni 1953 die Slowakische Akademie der Wissenschaften. Mit den neuen gesetzlichen Grundlagen veränderte sich der Charakter der Akademien fundamental: Aus den bisherigen Gelehrtengesellschaften entstand die neue, bislang kaum etablierte Organisationsform der Forschungsakademie, in der Gelehrtensozietät und Forschungsinstitute mit- bzw. nebeneinander existierten. In den westlich orientierten Ländern von Nachkriegszentraleuropa herrschte hingegen an den Akademien der Wissenschaften weitgehend Kontinuität vor. Nach einer kurzen Phase der Entnazifizierung und damit verbundener personeller Säuberungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit veränderten sie weder ihre Struktur noch ihr Selbstverständnis. Sie blieben in der Regel was sie waren: traditionelle Gelehrtengesellschaften mit kleinteiligen Forschungsvorhaben.

Die hier vorgelegten Forschungsergebnisse basieren auf zwei Kolloquien des internationalen Forschungsnetzwerks zur Geschichte der Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg. Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der Systemkonkurrenz werden Forschungsergebnisse zu Akademien in unterschiedlichen Ländern zusammengeführt und vielfach erstmals in deutscher Sprache zugänglich gemacht. Die Initiative setzte die Österreichische Akademie der Wissenschaften in Verbindung mit ihren Projekten zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften, insbesondere zu den Jahren 1938 bis 1945. Der vorliegende Band thematisiert Akademien der Wissenschaften diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs in der Zeit des frühen Kalten Krieges (und fallweise darüber hinaus).² Vertreten sind – geographisch bzw. nach dem Wiederbegründungs- bzw. Wiedereröffnungsdatum geordnet – die Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste (Aleš Gabrič), die Akademie der Volksrepublik Rumänien (Dan Berindei), die Ungarische Akademie der

² Um den Lesefluss nicht zu stören, wird auf eine durchgehende geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Personenbezogene Bezeichnungen in maskuliner Form beziehen sich, sofern historisch zutreffend, auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Wissenschaften (János Pótó), die Polnische Akademie der Wissenschaften (Tadeusz Paweł Rutkowski), die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften (Alena Míšková [1957–2015] und Martin Franc), die Slowakische Akademie der Wissenschaften (Adam Hudek und Dušan Kováč), die Österreichische Akademie der Wissenschaften (Johannes Feichtinger, Maximilian Graf, Heidemarie Uhl), die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Hubert Laitko und Peter Nötzoldt), die Sächsische Akademie der Wissenschaften (Saskia Paul), die Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften/Friedrich-Loeffler-Institut (Jens Thiel), die Bayerische Akademie der Wissenschaften (Matthias Berg), die Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Udo Wennemuth) und schließlich die Leopoldina als gesamtdeutsche Akademie der Naturforscher im geteilten Deutschland (Sybille Gerstengarbe). Mitchell G. Ash beschreibt in seinem einleitenden Beitrag grundlegende Tendenzen der Veränderung der Wissenschaftslandschaften im frühen Kalten Krieg.

Gemeinsame Herausforderungen, unterschiedliche Entwicklungen

Dieser Band ermöglicht erstmals einen vergleichenden Blick auf Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg. Sichtbar werden dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Kontinuitäten und Zäsuren zwischen den Akademien dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs, aber auch innerhalb des jeweiligen politischen Systems. Ein zentraler Aspekt verbindet die hier behandelten Akademien, nämlich das Maß an Autonomie, das ihnen von Staat und Politik zugestanden wird.³ Die Leitdifferenz, die sich aus einem Vergleich der zentraleuropäischen Akademien nach 1945 ergibt, besteht darin, dass die Akademien westlichen Typs

3 Vgl. Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32–51, hier S. 47f.

im Wesentlichen als autonome Gelehrtengesellschaften weiterexistierten, während im sogenannten Ostblock die traditionellen Akademien neu gegründet und durch den von den staatsbeherrschenden sozialistischen Einheitsparteien gelenkten Wissenschaftsbetrieb in ihrer Autonomie völlig eingeschränkt wurden. Sie wurden von sich selbstverwaltenden und selbstproduzierenden Gelehrtensozietäten zu staatlich gelenkten Forschungsbetrieben umgestaltet. Aus einem Blickwinkel, der sich an den diesen Band einleitenden Thesen von Mitchell G. Ash zur Interaktion von Wissenschaft und Politik ergibt, waren mit dem Autonomieverlust der traditionellen Gelehrtengesellschaft allerdings auch neue Handlungsspielräume verbunden. Ash spricht von „Ermöglichungsverhältnissen“, die nach 1989 vielfach aus dem Blick gerieten. Die Beiträge dieses Bandes zeigen, dass Akademien der Wissenschaften eine zentrale Funktion im Aufbau der Wissenschaftssysteme der sozialistischen Staaten erhielten. Die Akademien, zuvor zumeist reine Gelehrtengesellschaften, wurden in der Regel zur Forschungsakademien ausgebaut; zahlreiche Forschungsinstitute wurden angegliedert bzw. neu gegründet und mit Tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgestattet.

Wenn man die Einzelstudien dieses Bandes strukturiert zusammenfasst und nach Unterschieden zwischen Akademien westlichen und sozialistischen Typs fragt, kristallisieren sich fünf Bereiche heraus: Neugründung versus Kontinuität; Ausschlüsse und Säuberungen; Akademien als Forschungsträger; „Ermöglichungsverhältnisse“ zwischen Sowjetisierung und Selbst-Sowjetisierung in Akademien sozialistischen Typs; schließlich die Frage nach der Position der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) zwischen sozialistischem und westlichem Akademiemodell.

Neugründung versus Kontinuität

Die Akademie der Wissenschaften in Wien konnte als einzige mit ungebrochener Kontinuität ihre Arbeit in der Nachkriegszeit fortsetzen. Schon im Mai 1945 wurde das Wiederinkrafttreten des

Akademiegesetzes von 1921 sowie der Satzung von 1922 durch das zuständige Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten genehmigt. Die Akademien in den Besatzungszonen in Deutschland wurden nach Kriegsende vorübergehend geschlossen: Die Bayerische Akademie der Wissenschaften und die Heidelberger Akademie der Wissenschaften wurden im Juli 1946 wiedereröffnet, die Akademie der Wissenschaften zu Göttingen bereits 1945. Die Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin wurde im Juli 1946 unter neuem Namen als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin wiedereröffnet, die Sächsische Akademie der Wissenschaften in Leipzig im Dezember 1948, die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle an der Saale im Februar 1952 anlässlich ihres dreihundertjährigen Bestandes. In der Bundesrepublik Deutschland sind zwei Akademie-Neugründungen zu verzeichnen: 1949 die Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz und 1970 die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften in Düsseldorf (1950 als Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen gegründet, heute Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste).⁴ Bemerkenswert ist, dass die Mainzer Akademie, die am 3. Oktober 1949 von der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhielt, „als überregionale Sozietät“ offenkundig analog zur Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin einen gesamtdeutschen Anspruch verfolgte.⁵ Die Mainzer Akademie wurde als „Auffangakademie“ der in der Bundesrepublik lebenden Mitglieder der Aka-

4 Zur Rolle der beiden Akademien wie auch der zahlreichen weiteren wissenschaftlichen bzw. gelehrten Gesellschaften im Kalten Krieg (wie etwa der Jungius-Gesellschaft Hamburg, der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main sowie der Akademie für gemeinnützige Wissenschaften zu Erfurt, die 1947/49 ihre Tätigkeit einstellen musste) liegen praktisch keine Forschungsarbeiten vor.

5 Heinrich Bredt, Geleitwort des Präsidenten, in: Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz 1949–1974, Wiesbaden 1974, S. 7–9, hier S. 7; vgl. weiters Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz 1949–1989, Stuttgart 1989.

demien zu Berlin und Leipzig gegründet.⁶ Im Unterschied zu anderen westdeutschen Akademien hatte sie – neben der mathematisch-naturwissenschaftlichen und der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse – auch eine „Klasse der Literatur“.⁷ Eine Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst war kurz zuvor (April 1949) an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin eingerichtet worden.⁸ Insgesamt war die Akademiellandschaft der Bundesrepublik durch eine Föderalstruktur gekennzeichnet, während die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (ab 1972 Akademie der Wissenschaften der DDR) eine Vorrangstellung in der staatlich gelenkten Wissenschaftspolitik innehatte.

In den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs wurden sämtliche Akademien nach der Machtübernahme durch die nunmehr staatsbeherrschenden sozialistischen Einheitsparteien neu gegründet. Die bestehenden Akademien wurden im Zuge ihrer Neugründung zumeist liquidiert bzw. in die neue, überwiegend zentralistische Akademiestruktur überführt. Vorläuferorganisationen wurden auf unterschiedliche Weise integriert. In Rumänien, Ungarn und Polen wurde eine einheitliche nationale Akademie eingerichtet. In der Sozialistischen Föderativen Volksrepublik Jugoslawien wurden föderale Akademien der sozialistischen Teilrepubliken eingerichtet; neben den bestehenden Akademien in Beograd, Zagreb und Ljubljana wurden folgende Akademien neu errichtet: die Akademie der Wissenschaften und Künste Bosniens und der Herzegowina in Sarajewo (gegründet 1966), die Makedonische Akademie der Wissenschaften und Künste in Skopje (gegründet 1967), die Montenegrinische Akademie der Wissenschaften und Künste in Titograd (heute Podgorica, gegründet 1973). Alle diese Akademien waren Mitglied des Rates der Akademien

6 Vgl. dazu den Beitrag von Udo Wennemuth in diesem Band.

7 Satzung, in: Jahrbuch 1950. Akademie der Wissenschaften und der Literatur [in Mainz], Wiesbaden 1950, S. 7.

8 Vgl. Peter Nötzoldt, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik. Gelehrtenegesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung 1946–1972, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002, S. 39–80, hier S. 44.

der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien.⁹ Ein Jahr nach der Gründung der Tschechoslowakischen Akademie (1952) wurde die ihr untergeordnete Slowakische Akademie der Wissenschaften in Bratislava errichtet. Hier war 1942 eine Slowakische Akademie der Wissenschaften und Künste eingerichtet worden.

Auch im Hinblick auf die Struktur der Gelehrten-gesellschaft wurde in unterschiedlicher Weise an Vorläuferorganisationen angeknüpft: Die Akademien westlichen Typs setzten das traditionelle Zwei-Klassen-Modell (Philosophisch-historische und Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse) fort, ebenso die Sächsische Akademie der Wissenschaften (eine Technikwissenschaftliche Klasse wurde 1996 gegründet). An der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin wurden 1949 sechs Klassen anstelle der seit 1835 bestehenden zwei Klassen eingeführt. An der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften wurden drei Klassen, an der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste vier Klassen errichtet und an der Polnischen Akademie der Wissenschaften wurde 1957 eine fünfte Klasse (für Land- und Forstwirtschaft) eingeführt.

Die Beiträge dieses Bandes zeigen, dass Neugründung und Reorganisation der Akademien in den kommunistischen Staaten durchaus unterschiedlich vor sich gingen. Gemeinsam ist ihnen die Aufhebung bzw. völlige Einschränkung der Selbstverwaltung und Selbstreproduktion durch die freie Zuwahl neuer Mitglieder. Akademien wurden zu Instrumenten einer von den sozialistischen Einheitsparteien bestimmten Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik. Die Akademien in Wien, München und Heidelberg konnten hingegen ihre im Nationalsozialismus eingeschränkte Autonomie wiederherstellen.

⁹ Vgl. Conrad Grau, *Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg*, Thun/Frankfurt am Main 1988, S. 297–328.

Ausschlüsse und Säuberungen

Die Zäsur des Jahres 1945 wirkte sich auf alle untersuchten Akademien aus. Zum einen wurden Mitglieder der NSDAP bzw. der Kollaboration Verdächtige unmittelbar nach Kriegsende zumindest temporär aus den Gelehrtengesellschaften ausgeschlossen; zum anderen wurde mit der kommunistischen Machtübernahme die Umgestaltung der ‚bürgerlichen‘ Gelehrtengesellschaften in Angriff genommen, die zu einem Instrument für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft umgebaut werden sollten. Den Ausschluss von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern beleuchten Peter Nötzoldt und Hubert Laitko für die Akademie der Wissenschaften in Berlin, Matthias Berg für die Bayerische Akademie der Wissenschaften in München und Udo Wennemuth für die Heidelberger Akademie der Wissenschaften sowie Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl für die Österreichische Akademie der Wissenschaften. Auch die Akademien der Wissenschaften in Budapest und Ljubljana schieden als politisch belastet eingestufte Mitglieder aus, wie Aleš Gabrič und János Pótó in ihren Beiträgen zeigen. Unterschiede im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit manifestieren sich anlässlich von Gründungsjubiläen. Matthias Berg verweist auf die Festrede zur 200-Jahrfeier der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in der Präsident Friedrich Baethgen mit Bezug auf den „reinigenden Akt“ 1945 davon sprach, dass „die der Akademie aufgezwungenen, ihr wesensfremden Elemente nun wieder ausgeschieden wurden.“ Akademiepräsident Richard Meister fand in seiner Rede anlässlich der 100-Jahrfeier der Akademie der Wissenschaften in Wien 1947 keine Notwendigkeit für solche Abgrenzungen: Die Wiener Akademie, von deren wirklichen Mitgliedern jedes zweite der NSDAP angehört hatte, sei auch in der NS-Zeit „dem Gesetz, unter dem alle Forschung steht, dem der strengsten Sachlichkeit und Objektivität, nie untreu geworden“.¹⁰ Nach dem Abschluss der Entnazi-

10 Richard Meister, Festvortrag des Vizepräsidenten Richard Meister. Die Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947, in: Österrei-

fizierung wurde der Ausschluss ehemaliger Nationalsozialisten von der Wiener Akademie bis auf wenige Ausnahmen weitgehend sistiert.

Während die westlichen Akademien in der Wahl neuer Mitglieder autonom waren, richteten sich in den kommunistischen Ländern die Strategien der neuen Machthaber darauf, die Zusammensetzung der Gelehrtenengesellschaft und ihre Reproduktion durch Zuwahl neuer Mitglieder grundlegend umzugestalten. Ein Weg dazu führte über radikale Säuberungen, gesteuerte Zuwahlen und die Reduzierung der Mitgliederstellen. Dan Berindei behandelt die radikale Säuberung der Akademie der Volksrepublik Rumänien im Jahr 1948. Von den 47 Vollmitgliedern wurden 26 ausgeschlossen und sieben zu Ehrenmitgliedern umgewidmet. Explizit verweisen János Póto für die Ungarische Akademie der Wissenschaften und Tadeusz Paweł Rutkowski für die Polnische Akademie der Wissenschaften auf die systematische Kontrolle der Wahlvorgänge durch die Parteistellen, wobei in Budapest die Zahl der Mitglieder von 258 auf 131 verringert und zudem die Kategorie von beratenden Mitgliedern ohne Stimmrecht eingeführt wurde. An der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, die als Gelehrtenengesellschaft weitergeführt wurde, schrieb die neue Satzung von 1971 – wie Saskia Paul zeigt – die Bestätigung des Präsidiums und aller neuen Akademiemitglieder durch die vorgesetzte Behörde vor. Seither gehörte auch der Sekretär der SED-Parteigruppe der Akademiemitglieder neben den bisherigen Mitgliedern zum Präsidium. An der Berliner Akademie der Wissenschaften wurde die Zuwahl von Mitgliedern ab 1949 mit staatlichen bzw. Parteistellen abgesprochen. Die Bestätigung der Wahl durch die vorgesetzte staatliche Behörde, die seit Gründung der ersten Vorgängerorganisation im Jahr 1700 notwendig war,¹¹

chische Akademie der Wissenschaften. Almanach für das Jahr 1947, Wien 1948, Jg. 97, S. 196–216, hier S. 216.

11 Jürgen Kocka/Peter Nötzoldt/Peter Th. Walther, Resümee. Die Berliner Akademien der Wissenschaften 1945–1990, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wis-

schrieb letztlich nur noch die vorherige Absprache fest.¹² 1950/51 wurde die Akademie direkt dem Ministerrat der DDR unterstellt.¹³

Die Analysen der Zusammensetzung der ungarischen, tschechischen und polnischen Akademie zeigen, dass der Großteil der neu gewählten Mitglieder bereits den Vorgängerorganisationen angehört hatte. Ziel war es zwar, die ‚bürgerlichen‘ Gelehrten durch ‚fortschrittliche‘ Wissenschaftler zu ersetzen, aber auch die kommunistischen Akademien wollten auf die renommiertesten Gelehrten ihrer Länder nicht verzichten. Erst mit dem Generationenwechsel in den 1960er- und 1970er-Jahren stieg, so zeigen Peter Nötzoldt und Saskia Paul für die Berliner und Leipziger Akademie, der Anteil der SED-Mitglieder unter den Akademiemitgliedern signifikant. Trotz des Machtanspruchs der kommunistischen Einheitsparteien ist es bemerkenswert, dass das Amt des Akademiepräsidenten in den kommunistischen Staaten zum Teil erst relativ spät mit einem Parteimitglied besetzt wurde. An der Sächsischen Akademie der Wissenschaften stand ab 1980 mit Werner Bahner erstmals ein SED-Mitglied an der Spitze. An der Polnischen Akademie der Wissenschaften wurde 1972 mit Włodzimierz Trzebiatowski ein Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei/Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR Akademiepräsident. An der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin hatte ab 1958 mit Werner Hartke ein SED-Mitglied dieses Amt inne.¹⁴ An der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste wurde mit Josip Vidmar 1952 erstmals ein Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens zum

schaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002, S. 363–457, hier S. 398.

12 Peter Th. Walther, Zur Zuwahlpraxis neuer Akademiemitglieder, in: ebda, S. 117–131, hier S. 122.

13 Jürgen Kocka/Peter Nötzoldt/Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften 1945–1990, in: ebda, S. 363–457, hier S. 374f.

14 Hartkes Nachfolger als Akademiepräsident Hermann Klare (1968–1979) war allerdings kein Mitglied der SED. Dessen Nachfolger Werner Scheler, der vorletzte Präsident der AdW (1979–1990), war seit 1979 Mitglied des ZK der SED. Vgl. Hubert Laitko, Werner Scheler, in: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr> (abgerufen am 15.3.2017).

Akademiepräsidenten gewählt. In Ungarn (István Rusznyák), der Tschechoslowakei (Zdeněk Nejedlý) und Rumänien (Traian Săvulescu) war bereits der erste Präsident der neu gegründeten Akademien Mitglied der Kommunistischen Partei.

In den Nachkriegsjahrzehnten wurden Zeiten der Liberalisierung wiederholt von Phasen verstärkten Drucks abgelöst, wie Tadeusz Paweł Rutkowski am Beispiel des Kurswechsels nach dem Polnischen Oktober 1956 und Alena Míšková und Martin Franc nach der Niederschlagung des Prager Frühlings zeigen.

Akademien als Forschungsträger

Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR wurde durchgängig zum Vorbild für die Neuorganisation der kommunistischen Wissenschaftsakademien als staatlich gelenkte Forschungsbetriebe.¹⁵ Zum einen wurden bestehende Institute in die Akademien sozialistischen Typs integriert, zum anderen wurden im großen Maßstab neue technisch-naturwissenschaftliche Institute begründet. Die Gelehrtenesellschaften blieben erhalten, wurden aber weitgehend marginalisiert. Die Akademien der Wissenschaften sollten am Aufbau des Sozialismus mitwirken, was gravierende Auswirkungen auf die Art der Forschung hatte. In vielen Fällen wurde im Sinne der mehrjährigen Wirtschaftsplanung die angewandte Forschung zuungunsten der Grundlagenforschung gefördert. Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür ist die von Jens Thiel dargestellte Entwicklung des Friedrich-Loeffler-Instituts Insel Riems der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, in dem Produktion zu einer zentralen Akademieaufgabe wurde.

Das Hauptaugenmerk der Wissenschaftspolitik der SED lag auf der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin als zentra-

15 Siehe dazu insbesondere den Beitrag von Mitchell G. Ash in diesem Band. Von einem eigenen Beitrag zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wird abgesehen, da der Schwerpunkt dieses Bandes explizit auf Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa liegt. Die Rolle der Akademie der Wissenschaften der UdSSR als Modell für die Akademien des Ostblockes wird in jeweiligen Beiträgen dieses Bandes eingehend thematisiert.

le Forschungseinrichtung des Landes. Die Sächsische Akademie der Wissenschaften in Leipzig und die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle an der Saale blieben hingegen weiterhin reine Gelehrtenengesellschaften. Sie spielten daher im Wissenschaftssystem der DDR nur eine untergeordnete Rolle. Die Leopoldina konnte, wie Sybille Gerstengarbe zeigt, bis zum Ende der DDR als gesamtdeutsche bzw. international orientierte Gelehrtenengesellschaft bestehen bleiben. Saskia Paul legt dar, dass es hingegen in der Sächsischen Akademie der Wissenschaften seit der neuen Satzung des Jahres 1971 fast unmöglich war, in der Bundesrepublik lebende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu auswärtigen Mitgliedern zu wählen; zugewählt wurden vor allem Akademikerinnen und Akademiker aus den Ostblockstaaten. Bemerkenswert ist, dass an manchen Akademien (wie z. B. in Berlin, Prag und Warschau) von Beginn an bestehende geisteswissenschaftliche Institute integriert wurden, an anderen (wie z. B. in Ljubljana) erst weitaus später. In die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften wurden 1952/53 außeruniversitäre Institute der Geisteswissenschaften wie z. B. das Orientalische Institut übernommen.

An der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA, gegründet 1949) wurden 1950 vier Forschungsinstitute für Physik, angewandte Mathematik, Biochemie und Agrarbiologie eingerichtet. Kurz darauf wurden die Institute für Astronomie, Biologie, Botanik, Landwirtschaft, Veterinärwesen und Agrarchemie übernommen, 1954 wurden das Institut für Atomforschung und die Forschungsgruppe für theoretische Physik eingerichtet. 1955 verfügte die Akademie über 21 Institute.¹⁶ Die Akademie der Volksrepublik Rumänien wurde „in einen ‚Betrieb‘ wissenschaftlicher Produktion“ umgewandelt, wie Dan Berindei in seinem Beitrag ausführt. 1949 ließ der Generalsekretär der Akademie verlauten, dass „mindestens 206 Probleme gelöst werden müssten“. Die

16 Vgl. Agathe Gebert, *Die Ungarische Akademie der Wissenschaften im Systemwechsel 1986 bis 1994. Zwischen Tradition und Modernisierung*, Frankfurt am Main 2005, S. 72–74.

Tätigkeit der Institution nahm an Umfang und Intensität zu. Ein Physik-Institut wurde ins Leben gerufen; das astronomische und das seismologische Observatorium wurden der Akademie einverleibt. 1955 verfügte die Akademie über 27 Institute und etwa 2.000 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie war in acht Sektionen gegliedert, außerdem wurden nach und nach Kommissionen für verschiedene Zweige wie Automatisierung, Hydrologie, Schutz der Naturdenkmäler, Verbesserung der Land- und Forstwirtschaft u. a. gegründet.

Die Polnische Akademie der Wissenschaften vergrößerte sich ebenfalls rasant: Neben den technisch-naturwissenschaftlichen Instituten wurden 1952 das Institut für Geschichte, 1953 die Abteilung für Studien der Rechtswissenschaften (ab 1956 als Institut), das Institut für die Geschichte der materiellen Kultur, das Seminar für die Geschichte der Erziehung und die Abteilung für Wissenschaftsgeschichte eingerichtet. Tadeusz Paweł Rutkowski zeigt, dass die Anzahl der Institute sowie ihrer Hilfseinrichtungen von acht im Jahr 1952 über 25 im Jahr 1953 auf 49 im Jahr 1956 stieg. Dieser Wachstumsschub zeigt sich auch an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, wie Alena Míšková und Martin Franc in ihrer Studie zeigen: In den Fachbereichen Mathematik, Physik und Geowissenschaften stieg die Anzahl der Institute von 14 (1953) auf 21 (1985), jene der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 851 auf 3.870. Im Bereich Chemie und Biowissenschaften stieg die Zahl der Institute von 8 (1953) auf 26 (1985) und die der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 566 (1953) auf 4.200 (1985). Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften wurde die Zahl der Institute im betreffenden Zeitraum verringert: von 22 (1953) auf 18 (1985). Die Mitarbeiterzahl nahm allerdings zu (von 516 auf 1.796), wenngleich nicht in derselben Dynamik wie in den Naturwissenschaften. Ein ähnliches Bild ergibt sich an der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, wie Adam Hudek und Dušan Kováč in ihrem Beitrag ausführen: Schon im Jahr ihrer Gründung 1953 verfügte sie über 36 Forschungsstätten mit 584 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. 1955 waren es schon 46 Institute mit rund 1.500 Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern. Einen Höhepunkt erreichte die Akademie in ihrer ersten Entwicklungsphase im Jahr 1958, als die Zahl der Institute auf 51 gestiegen war und jährlich rund 150 bis 170 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt wurden. Den höchsten Anstieg verzeichneten die technischen Wissenschaften – 1956 stieg die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 21 Prozent.

Die Forschungsakademien der kommunistischen Staaten produzierten in ihren Großinstituten mit Hunderten und bald Tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neues Wissen, vor allem im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, während die westlichen Akademien in ihrer traditionellen Struktur einer Gelehrten-gesellschaft mit Kommissionen verharrten und die Gründung neuer Forschungsinstitute die Ausnahme blieb. Auch die Neugründung bzw. die Reorganisation außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und Forschungsförderungsinstitutionen in der Bundesrepublik Deutschland (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, staatlich geförderte Großforschungseinrichtungen – ab 1995 Helmholtz-Gemeinschaft) setzten die Akademien unter Zugzwang. „Die zunehmende Errichtung von Forschungsinstituten außerhalb der Akademien und der wissenschaftlichen Hochschulen, teils durch den Staat, teils durch gelehrte Körperschaften (z. B. Max-Planck-Gesellschaft), teils durch die Industrie“¹⁷ wurde als Konkurrenz empfunden; die Akademien sahen in den 1950er-Jahren zunehmend Reformbedarf. In München wurden im Rahmen von Akademiekommissionen 1952 das Deutsche Geodätische Forschungsinstitut und 1962 das Leibniz-Rechenzentrum gegründet. Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl verweisen in ihrem Beitrag darauf, dass noch 1962 in den „Arbeitsbesprechungen der Präsidenten“ der deutschen Akademien sowie der ÖAW in Mainz eingehend über die Errichtung von Instituten an den Akademien diskutiert wurde. Der entsprechende Beschluss lautete: „Die Aka-

17 Präsidentenbesprechung am 22.5.1959. Tagesordnung 2. Verschiedenes. Führung von Instituten durch die Akademien. Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (AÖAW). Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

demien bestehen auf ihrem Rechte, Institute nach Maßgabe ihrer Geldmittel und der hierfür vorhandenen initiativen Persönlichkeiten zu errichten und zu führen, wie dies tatsächlich in mehreren Akademien (z. B. in München) der Fall ist.“¹⁸ Dieses Recht sollte allerdings nur von der ÖAW ab Mitte der 1960er-Jahre in Anspruch genommen bzw. institutionell umgesetzt werden.

„Ermöglichungsverhältnisse“ zwischen Sowjetisierung und Selbst-Sowjetisierung in Akademien sozialistischen Typs

Betrachtet man die Transformation der Gelehrtengesellschaften zu Forschungsakademien in den ehemals kommunistischen Staaten unter dem Blickwinkel der „Ermöglichungsverhältnisse“ (Mitchell G. Ash), so lässt sich ein Wechselspiel von Sowjetisierung und Selbst-Sowjetisierung beobachten, d. h. die Übernahme des sowjetischen Modells erfolgte in der Regel ohne direkte Instruktionen und Zwang,¹⁹ wenngleich die Handlungsspielräume generell eingeschränkt waren. Darauf weist Norman Naimark hin: „[...] there was plenty of room for East European leaders to set their own priorities and initiate their own policies, but only within the contours dictated by Stalin and the Soviets.“²⁰ Wie Hubert Laitko und Peter Nötzoldt für die Deutsche Akademie der Wissenschaften in Berlin (DAW) zeigen, war ihre Einrichtung als Forschungsakademie „keinesfalls ein Import sowjetischer Wissenschaftsorganisation, sondern ein Ergebnis übereinstimmender Interessenlagen und Vorstellungen von Mitgliedern der Akademie auf der

18 Bericht über die Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten in Mainz am 1. März 1962. Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

19 Vgl. John Connelly, *Captive University: The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education, 1945–1956*, Chapel Hill 2000.

20 Norman Naimark, *The Sovietization of Eastern Europe, 1944–1953*, in: Melvyn P. Leffler, Odd Arne Westad (Hg.), *The Cambridge History of the Cold War*. Band 1, Cambridge 2010, S. 175–197, hier S. 195.

einen und der SMAD [...] auf der anderen Seite“.²¹ Laitko legt in seinem Beitrag in detail für die DAW dar, dass es erstens vonseiten der sowjetischen Besatzungsmacht „kein vorbereitetes und umsetzungsfähiges Konzept der Forschungsorganisation für Deutschland bzw. für ihre Zone gab“, zweitens „der Kurs auf die Institutionalgestalt ‚Forschungsakademie‘ als resultierende Tendenz einer Vielzahl mehr oder minder zufallsbedingter Einzelschritte“ war und drittens beim Aufbau der DAW „kein Programm durch- und umgesetzt, sondern tastend ein Pfad gefunden oder auch erst gebahnt wurde“. Der Umbau der bestehenden Vorgängerorganisationen zu Akademien nach Moskauer Vorbild wurde zu einem erheblichen Maß von Mitgliedern der Akademien und anderen hochrangigen Wissenschaftlern konzipiert, initiiert und durchgesetzt. Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther konstatieren für die DAW: „Einige Akademiemitglieder nutzten die Gunst der Stunde, um wissenschaftliche Ressourcen dauerhaft an die Akademie zu binden. Mit diesem Forschungspotenzial im Hintergrund stärkten sie ihren wissenschaftlich-organisatorischen Einfluss an den Universitäten und Hochschulen, die zudem unter strengerer alliierter Aufsicht standen und deren Forschung stärker reglementiert wurde.“²²

Analog dazu lassen die hier versammelten Beiträge erkennen, dass auch in anderen zentraleuropäischen Ländern, in denen die kommunistischen Parteien die Macht ergriffen, die Umgestaltung der Akademien in zentrale Forschungseinrichtungen nach Moskauer Vorbild nicht von außen aufgezwungen, sondern vonseiten führender wissenschaftlicher Akteure innerhalb der Akademien eigeninitiativ initiiert wurde. Aleš Gabrič zeigt, dass bereits im Juni 1945 Vertreter der drei Akademien der Sozialistischen Föder-

21 Peter Nötzoldt, „Es muß ein Organ geschaffen werden, das stark genug ist, um Anspruch zu erheben, im einheitlichen Deutschland eine Rolle auf dem Gebiet der Wissenschaft zu spielen.“ Die Einflussnahme der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland auf die Entwicklung der Akademie im Nachkriegsdeutschland, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 99–122, hier S. 112.

22 Kocka/Nötzoldt/Walther, Resümee, S. 369f.

rativen Volksrepublik Jugoslawien eine Moskaureise unternahmen, um ein Zukunftsmodell für die Reorganisation der Wissenschaft im neuen Jugoslawien zu studieren. Die Gründung der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften 1952 wurde – wie Alena Míšková und Martin Franc zeigen – wesentlich vonseiten eines hochrangigen Wissenschaftlers initiiert, nämlich von Zdeněk Nejedlý (1878–1962). Er war seit 1919 Professor für Musikwissenschaft an der Karls-Universität in Prag, seit 1918 ordentliches Mitglied der Königlichen böhmischen Gelehrtenengesellschaft, seit 1932 ordentliches Mitglied der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste. In den 1920er-Jahren der Kommunistischen Partei beigetreten, verbrachte er das Exil in Moskau. Nach seiner Rückkehr 1945 wurde Nejedlý als Schul- und Bildungsminister und ab 1946 als Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zu einer Zentralfigur der Umgestaltung des Bildungs- und Wissenschaftssystems nach sowjetischem Vorbild.²³ Nach der Neugründung der Akademie mit Gesetz vom 29. Oktober 1952 wurde er zum ersten Akademiepräsidenten gewählt, eine Funktion, die er bis zu seinem Tode im Jahre 1962 ausübte.

In einem einzigen Fall wird von den Autorinnen und Autoren auf eine Intervention von außen hingewiesen. János Póttó beschreibt diesen Vorgang an der Ungarischen Akademie, die künftig keine zentrale Rolle spielen, sondern durch den neu gegründeten Ungarischen Wissenschaftsrat/Magyar Tudományos Tanács (MTT) ersetzt werden sollte. Dieser Funktionsverlust wurde vonseiten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR nicht akzeptiert. Alexander Schabanow, stellvertretender Gesundheitsminister der Sowjetunion, und Ivan Glutschenko, Mitglied der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Biologe und Träger des Stalinpreises, reisten im März 1949 nach Budapest, um die ungarischen Genossen wissen zu lassen, dass sie den Wissenschaftsrat nicht als repräsentatives wissenschaftliches Organ Ungarns anerkennen konnten. Der

23 Vgl. Martin Franc, Vlasta Mádllová, *The History of the Czech Academy of Sciences in Pictures. Dějiny Akademie věd v obrazech*, Praha 2014, S. 246–247.

Versuch, die Akademie auszubooten, musste aufgegeben werden. Im Gegenzug wurde der von Kommunisten dominierte Wissenschaftsrat mit dem Akademiegesetz von 1949 in die Ungarische Akademie der Wissenschaften strukturell integriert; er sollte de facto deren Führung übernehmen.

Die ÖAW zwischen westlichem und sozialistischem Akademiemodell

Auch an der ÖAW ging die rasante Expansion der Forschungsakademien jenseits des Eisernen Vorhangs nicht spurlos vorbei. Vorbehalte waren, wie Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl zeigen, wesentlich ideologischer Art. In der Zeit des Kalten Krieges waren Anleihen am kommunistischen Wissenschaftsmodell schwer zu legitimieren. Der Aufbau der Forschungsakademien in der DDR, die Forschungstätigkeit der Institute der 1948 gegründeten Max-Planck-Gesellschaft und anderer außeruniversitärer Forschungsträger in der BRD sowie staatliche Forschungsförderungen in anderen europäischen Ländern ließen die strukturellen Defizite der österreichischen Wissenschaftslandschaft deutlich hervortreten. Der Abgang des langjährigen Akademiepräsidenten Richard Meister 1963 markierte schließlich die institutionelle Neupositionierung der ÖAW. Mit der Gründung des Instituts für Hochenergiephysik und des Instituts für Molekularbiologie im Jahr 1966 begann unter seinem Nachfolger Erich Schmid der Ausbau zum größten außeruniversitären Wissenschaftsträger in Österreich. 1966 wurde das erste Kooperationsabkommen mit der Akademie eines kommunistischen Landes (Polen) geschlossen, weitere Abkommen wurden in den folgenden Jahren mit Rumänien (1969), der UdSSR (1971), Ungarn (1972), Bulgarien (1977), der ČSSR (1978), der DDR (1979) und Jugoslawien (1981) unterzeichnet. Zwischen 1955 und 1961 hatten sich die Präsidenten der ost- und westdeutschen Akademien der Wissenschaften und der ÖAW jährlich getroffen. Auch nach dem Mauerbau blieb die ÖAW eine Begegnungsstätte ost- und westdeutscher Wissenschaft, wie Maxi-

milian Graf zeigt. Lange bevor ein offizielles Austauschabkommen zwischen der ÖAW und der DDR geschlossen werden konnte, nahmen nicht nur die Präsidenten der Akademien der BRD, sondern auch die der DDR an den Feierlichen Jahressitzungen der ÖAW teil.

Die Rolle des neutralen Österreich als Begegnungsort im Kalten Krieg zeigt sich auch in der Entscheidung, den Sitz des 1972 in London gegründeten International Institute for Applied Systems Analysis IIASA im Schloss Laxenburg nahe Wien einzurichten. Das IIASA entstand auf Vorschlag des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson, der den sowjetischen Premierminister Aleksei Kosygin für die Gründung eines Ost-West Think Tanks mit dem Ziel der Verbesserung der Wissenschaftskontakte gewinnen konnte.²⁴

Schlussbemerkung

Die Beiträge dieses Bandes machen nicht zuletzt auf eine Paradoxie aufmerksam: Vieles, was in der Zeit des Kalten Krieges als charakteristisch für das sowjetische Wissenschaftsmodell galt, scheint in der gegenwärtigen europäischen Wissenschaftslandschaft zum Mainstream geworden zu sein: u. a. die an politischen Vorgaben orientierten Ziel- und Leistungsvereinbarungen, das Primat der Technik- und Naturwissenschaften sowie die Produktion zweckorientierten Wissens, das zur Lösung gesellschaftlicher Probleme dienen soll. Die Geschichte der Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Spannungsfeld der Systemkonkurrenz wirft ein Licht auf überraschende Verbindungen zwischen den untergegangenen sozialistischen und den staatlichen Wissenschaftsplanungen im heutigen neoliberalen Zeitalter.

24 Gründungsmitglieder waren die National Academy of Sciences der USA, die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR), die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (BRD), die Royal Society in London, die Polnische Akademie der Wissenschaften und wissenschaftliche Organisationen aus Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei, Bulgarien sowie aus Kanada und Japan. Die ÖAW wurde als Vertreterin Österreichs 1973 in die IIASA aufgenommen. Vgl. Eglè Rindzevičiūtė, *The Power of Systems. How Policy Sciences Opened Up the Cold War World*, Ithaca 2016, S. 52–72.

